
Herkunft – Ankunft – Zukunft

Denkwerkstatt 06 Integration

8. Juni 2017, Schader-Forum, Darmstadt

Protokoll und Bericht: Dorothea Keller und Natascha Riegger



Inhalt

Einleitung	3
Kulturelle Differenzen und die ihre Bedeutung für die Integration	3
Die Entwicklung des Integrationsbegriffes	5
Rolle und Funktion von Migrantenselbstorganisationen	6
Interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft	8
Fazit	9

Einleitung

Zuwanderung und Integrationsprozesse haben sich in Deutschland seit Jahrzehnten stetig verändert und wurden auch in der Gesellschaft schon immer kontrovers diskutiert. Die sechste Denkwerkstatt der Veranstaltungsreihe Herkunft-Ankunft-Zukunft widmet sich daher der Definition und Bedeutung des Integrationsbegriffs. Insbesondere die Fragen, wen wir integrieren, wohin die Menschen integriert werden und wie der Prozess abläuft stehen dabei im Mittelpunkt. Prof. Dr. Gisela Jakob leitet inhaltlich in das Thema ein und stellt das Ziel der sechsten Denkwerkstatt heraus. In den vorherigen Veranstaltungen zu den Themen Zivilgesellschaft, Bildung, Kommunikation, Wohnen und Arbeiten im Kontext der Integration Geflüchteter wurde der Begriff „Integration“ ganz selbstverständlich verwendet. Mit der Definition des Begriffs Integration, deren Akteure, Strukturen und Funktionsweisen, also mit der Frage was Integration eigentlich ist und was sie ausmacht, wurde sich bislang jedoch nicht näher auseinander gesetzt. Auch in öffentlichen und fachlichen Debatten gibt es weder eine einheitliche, umfassende Definition noch ein allgemeingültiges Konzept von Integration. Kritische Stimmen halten den Begriff „Inklusion“ im Kontext von Migration für angemessener.

Von welcher Perspektive gehen wir aus, um von einer „gelungenen Integration“ zu sprechen? Im öffentlichen Diskurs wird dies meist an drei zentralen Aspekten festgemacht: Bildung, Erwerbstätigkeit und Sprache. Die Perspektive der Eingewanderten selbst bleibt dabei außen vor. Gisela Jakob verweist dabei auf den Erziehungswissenschaftler Paul Mecheril, der von der Tilgung der Subjektivität in der Integrationsdebatte spricht. Gesellschaft und Politik würden festlegen, was Integration sei. Dass aus Perspektive von Migranten auch andere Maßstäbe wie zum Beispiel eine funktionierende Nachbarschaft oder sinnstiftende Tätigkeiten ausschlaggebend für eine gelungene Integration sind, wird nicht repräsentiert.

Als schwierig führt Gisela Jakob die aktuelle politische Debatte zur Leitkultur an, die auf Kriterien basiert, welche eher zu Desintegration beitragen. Integration wird dabei als einseitiger Prozess der Assimilation von Migranten gesehen, obwohl die Veränderung der Gesellschaft im Aufnahmeland ebenso der Beachtung bedarf. Was bedeutet das konkret für die Gesellschaft beziehungsweise für Organisationen? Wie sieht der wechselseitige Prozess aus? Gibt es Standards oder Kriterien des Verhaltens?

Kulturelle Differenzen und die ihre Bedeutung für die Integration

Die Ethnologin Dr. Jutta Lauth Bacas thematisiert in ihrem Impulsbeitrag die Komplexität, einen einheitlichen Integrationsbegriff zu definieren und zeigt in dem Kontext die Relevanz von „migrant communities“ auf. Da sie selbst zwanzig Jahre lang in Athen lebte und forschte, bezieht sie neben ethnologischem Fachwissen auch persönliche Erfahrungen in den Diskurs mit ein. Jutta Lauth Bacas legt der Debatte über den Integrationsbegriff die dauerhafte Persistenz kultureller Differenzen zugrunde. Sie selbst hat diese in Griechenland erfahren, denn obwohl sie die oft genannten Voraussetzungen zur Integration – Sprachkenntnisse, Arbeitsplatz und soziales Umfeld – erfüllte, wurde sie weder formell noch durch ihr Selbstverständnis zur Griechin. Die kulturellen Differenzen blieben bestehen. Der Schlüsselbegriff „Integration“ wird gerne eingesetzt, wenn es um die Zukunft Eingewandter in Deutschland geht. Die Verwendung der Worte Integration und Migration erfolgt jedoch sehr beliebig

und ungenau und weder der öffentliche Diskurs noch die Fachliteratur legen annähernd einheitliche Definitionen zugrunde. Auch die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration in Deutschland äußert sich dazu sehr undeutlich.

Die gängigsten Eingliederungsmaßnahmen beziehen sich derzeit auf Bildung, Schule bzw. Arbeit, Sprache und Gesundheitswesen. Jutta Lauth Bacas nennt das System der etablierten Integrationsmaßnahmen metaphorisch ein „Waschanlagenmodell“, in dem die Eingewanderten mit Sprachunterricht und staatlich finanzierten Integrationskursen zum perfekt integrierten „Mustermigranten“ geformt werden soll. Das Ziel dabei ist, Migrantinnen und Migranten schnell an die Gesellschaft anzupassen und in diese einzugliedern, so dass sie nicht mehr als Fremde auffallen. Diese Vorstellung von Integration ist jedoch zu einfach, so Jutta Lauth Bacas, da Migration kein zielorientierter Prozess ist und bestehende Differenzen nicht durch Integrationsmaßnahmen verschwinden.

Die öffentliche Debatte darüber, was Integration ist und wie sie erfolgreich etabliert werden kann, ist in den vergangenen Jahren verstärkt in den Fokus gerückt. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration zeigt auf, dass Integration ein langer Weg ist und besser der Weg als ein Ziel fokussiert werden sollte. Auch in der Fachdebatte herrscht derzeit Konsens darüber, dass Integration ein multidimensionales Konzept ist. Es scheint sich ein partizipationsorientierter Integrationsbegriff durchzusetzen, welcher als Möglichkeit zur chancengleichen Teilung an zentralen Stellen des öffentlichen Lebens, Bildung, Arbeit und Sozialpolitik verstanden wird. Auch der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge genutzte Integrationsbegriff basiert sowohl auf einer Teilhabe- als auch einer Partizipationserwartung: „Integration ist ein langfristiger Prozess. Sein Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zugewanderten soll eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen.“

Die politische Teilhabe wird aufgrund der schwierigen Rechtslage meist eher ausgespart, genauso wie auch Kultur und Religion als Privatangelegenheit außen vor bleiben.

In subjektorientierten Ansätzen der jüngeren Generation wird versucht, Integration aus Perspektive der Zugewanderten zu verstehen. Dabei zeigt sich, dass Zugewanderte selbst nach langer Zeit in Deutschland in transnationalen Gefügen leben und für sie somit ebenfalls die Partizipation an subkulturellen migrantischen Lebenswelten zu einer gelungenen Integration dazu gehört.

Jutta Lauth Bacas bezieht einen weiteren Aspekt mit ein, der für das Verständnis von Integration relevant ist, aber oft nicht mitbedacht wird: die Rolle von Migrant Communities bzw. Migrant Associations. Migrant Communities, die im Deutschen meist als „migrantische Selbstorganisation“ übersetzt werden, sind ethnisch oder national strukturierte Selbstorganisationen, die ihren Mitgliedern Kontakt untereinander und gegenseitige Teilhabe an deren Netzwerken ermöglichen. Migrant Communities vermitteln Ressourcen und Informationen (zum Beispiel über den Arbeitsmarkt oder das Bildungssystem) und ermöglichen regelmäßigen kulturellen Austausch und soziale Unterstützung untereinander. Das Bedürfnis in der eigenen Sprache zu kommunizieren ist dabei der wichtigste Faktor für die Entstehung von solchen Netzwerken, wie Lauth Bacas auch aus eigener Erfahrung in Athen berichtet. Dort war sie im deutsch-griechischen Verein Philadelphia aktiv, durch den sowohl Kommunikation und Gemeinschaft zwischen den Mitgliedern als auch deutsch-griechische Beziehungen gefördert werden. In Deutschland gibt es, bedingt durch die jahrzehntelange Vielfalt an Migranten, derzeit über 10.000 Vereine unterschiedlichster kultureller, religiöser und ethnischer Gruppierungen.

Migrantische Selbstorganisationen sind soziale Gefüge, die das Selbstverständnis und die soziale Identität ihrer Mitglieder stärken. Denn auch nach langer Zeit im neuen Land enthalten diese als Kernelement immer auch die eigene Herkunft und somit religiöse und kulturelle Differenzen, betont Lauth Bacas. Da diese Differenzen nicht verschwinden, wird auch der „Stachel des Fremden“ bestehen bleiben. Er enthält einerseits den Reiz des Neuen und Unbekannten, andererseits kann das Fremde aber auch unheimlich und unberechenbar sein und dadurch Ängste auslösen.

Abschließend resümiert Jutta Lauth Bacas, dass schon der etymologische Ursprung des Wortes Integration (latein: integrare – ergänzen, erneuern, auffrischen) Erneuerung und Veränderung enthält. In Anbetracht dessen, dass derzeit ca. 21% der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund haben, sieht sie die Kernaufgabe mit der sich alle Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befassen sollten darin, mit den kulturellen Unterschieden leben zu lernen. Die kulturelle Vielfalt in Deutschland erweitert sich laufend. In diesem sich stetig verändernden Prozess ist lediglich die Diversität die Konstante. Die Persistenz kultureller Verschiedenheiten wird daher immer ein „Stachel“ bleiben, der Konfliktpotenziale bietet. Jutta Lauth Bacas zeigt schließlich auf, dass das Fremde auch immer eine Chance sein kann, neue Blickwinkel kennenzulernen und einen Anstoß für Lernprozesse zu vermitteln. Durch persönlichen Kontakt können letztendlich alle Menschen profitieren und ihre kulturellen und sprachlichen Kompetenzen auffrischen und erneuern.

Die Entwicklung des Integrationsbegriffes

Gabriele Dierks, Beauftragte für Interkulturelle Öffnung / Willkommenskultur beim Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Darmstadt, beleuchtet die Komplexität des Integrationsbegriffes aus praktischer kommunaler Sicht und verweist ebenfalls darauf, dass es keinen Konsens über den oft verwendeten Integrationsbegriff als solchen gibt. Sie zeigt anhand eines geschichtlichen Rekurses die vorherrschenden Einstellungen und die jeweils ergriffenen Maßnahmen auf, die sie in ihrer Arbeit ebenfalls erfahren hat.

In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren kamen über 400.000 Asylsuchende nach Deutschland. Die meisten von ihnen kamen aus dem ehemaligen Jugoslawien und nur wenige kleinere Gruppen waren Migranten aus dem außereuropäischen Raum. Die Geflüchteten wurden nicht integriert, sondern weitgehend abgeschottet. Gemeinschaftsunterkünfte waren außerhalb gelegen, Sprachkurse oder Integrationsmaßnahmen wurden nicht angeboten, da die Integration der Geflüchteten nicht gewünscht war. Im gleichen Zeitraum gab es parallel dazu eine ebenso hohe Zuwanderungsquote von Spätaussiedlern, die politisch unterstützt wurde. Die Annahme, dass spezielle Integrationsmaßnahmen für diese deutschstämmigen Migranten nicht notwendig seien, hat sich erst später als unzureichend herausgestellt, da die Einwanderer in einem anderen System sozialisiert wurden und oft nur mangelhafte Sprachkenntnisse besaßen.

Mit der Änderung des Artikel 16a des Grundgesetzes (Grundrecht auf Asyl) wurden 1993 weitere Abschottungsmaßnahmen wie zum Beispiel die Drittstaatenregelung ergriffen. Es entstand der Eindruck, dass Einwanderung nicht erwünscht war, gleichzeitig wurden existierende Zuwanderungsbewegungen bewusst nicht wahrgenommen. In dieser Zeit wurde Integration gesellschaftlich als einseitiger Prozess der Assimilation von Zuwanderern verstanden.

Erst mit einem neuen Zuwanderungsgesetz 2005 wurde versucht Zuwanderung zu steuern, indem alle Asylsuchenden verpflichtet wurden, innerhalb von zwei Jahren einen Integrationskurs mit Sprachniveau B1 abzuschließen. Bei Nichtteilnahme an einem solchen Kurs konnten nun Bußgelder auferlegt werden. Als Teil des Integrationskurses gab es einen Orientierungskurs, welcher unter anderem deutsche Kultur, Rechtsordnung, Geschichte, Gesetze und das deutsche Demokratieverständnis vermitteln sollte. Gabriele Dierks kritisiert den überhöhten Anspruch, den diese Kurse an die Zuwanderer stellen, da das abgefragte Wissen und die Kompetenzen auch bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung nicht vorhanden sind. Sie zeigt weiterhin auf, dass auch Zuwanderer, die seit langer Zeit in Deutschland leben, kein kommunales Wahlrecht besitzen und die Erwartung, dass diese sich umfassend mit Politik und dem politischen System auseinandersetzen müssten, somit nicht angemessen ist. Dierks fordert daher die Etablierung des kommunalen Wahlrechts als Minimalkonsens für dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer. Sie hebt das progressive Vorgehen der Stadt Darmstadt hervor, die neben einer frühzeitigen Etablierung des Amtes für Interkulturelles und Internationales schon seit 1998 Integration als wechselseitige Öffnung zwischen Migrantenselbstorganisation und Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen hat. Auch aktuell versucht die Stadt Darmstadt mit ca. 140-150 Migrantenselbstorganisationen Grundlagen für erfolgreiche Integration zu schaffen.

Kritisch hinterfragt sie die populistischen Stimmen, die 2010 unter anderem durch den Anstoß von Thilo Sarrazin in den Medien und der Gesellschaft laut wurden und den Begriff Integrationsverweigerer, besonders in Bezug auf ältere Zugewanderte, prägte. Da speziell die älteren Generationen von Migrantinnen und Migranten keine Sprachkurse oder Integrationsmaßnahmen angeboten bekamen, ist diese Entwicklung, so Dierks, nicht verwunderlich.

Insbesondere in den letzten zehn Jahren wird außerdem verstärkt versucht, Integration messbar zu machen, wie zum Beispiel in der 2009 veröffentlichten Studie „Ungenutzte Potenziale“ der Bertelsmann Stiftung oder dem 2013 durchgeführten „1. Hessisches Integrationsmonitoring“.

Im Zuge der höheren Zuwanderungsquote seit 2015 wurden rasant Instrumente entwickelt, um die Anforderung bewältigen zu können. Auch die positive Willkommenskultur der Gesellschaft hebt Dierks lobend hervor. Die neue Herausforderung ist nun, sowohl eine Anerkennungskultur auf Augenhöhe als auch Instrumente zu entwickeln, die wechselseitig Wertekompetenzen vermitteln. Die gegenseitige Bildung und Vermittlung von Werten zwischen Gesellschaft und Geflüchteten sieht Dierks als zentralen Schlüssel für eine erfolgreiche Integration.

Abschließend fordert sie ein integrales Bewusstsein mit Blick auf die Diversität der verschiedenen Menschen zu schaffen ohne dabei in Angst zu verfallen, dass die individuellen Handlungskompetenzen bedroht oder beschnitten werden.

Rolle und Funktion von Migrantenselbstorganisationen

Kelime Temiz spricht für die Migrantenselbstorganisation Halkevi e.V. Die Referentin kam selbst Ende der 1970er Jahre zum Studieren aus der Türkei nach Deutschland und beleuchtet das Thema Integration in Deutschland also aus eigener Zuwanderungserfahrung. Ihr Vater kam in den 1960er Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland, während sie mit ihrer Mutter und drei Geschwistern in der Türkei blieb. Als ältestes von vier Kindern fielen ihr somit viele Aufgaben zu, zumal die Mutter nicht lesen und schreiben konnte. Da sie als Alewitin in einer Religionskultur aufgewachsen ist, in der Ei-

genständigkeit und Bildung der Frau als selbstverständlich erachtet werden, stand für sie schon früh fest, studieren zu wollen. Aus diesem Grund entschied sie sich 1978 als Studentin nach Deutschland zu gehen, obwohl sie zu dem Zeitpunkt noch keine Sprachkenntnisse besaß. Die Unterscheidung als Studentin und nicht als Tochter eines Gastarbeiters in Deutschland zu leben, war für sie sehr wichtig. Die Regularien für die studentische Aufenthaltserlaubnis erforderten zunächst eine gültige Immatrikulation. Die erste deutsche Eigenart, die sie dadurch kennenlernte, war die große Bandbreite an Regeln, die es in Deutschland gibt.

Neben diesen Regeln waren das Verständnis und der andere Umgang mit Zeit und Pünktlichkeit zunächst sehr ungewohnt für sie. Das Wissen über die unterschiedliche gesellschaftliche Wahrnehmung von Zeit und Pünktlichkeit in unterschiedlichen Kulturen sind daher ebenfalls wichtige Schritte im Integrationsprozess.

Bereits am dem zweiten Tag in Deutschland nahm Kelime Temiz an einem Deutschkurs teil, doch da sie zunächst keinen Kontakt zu Deutschen hatte, lernte sie den Umgang mit der Sprache erst mit Beginn ihres Studiums. Dies hat sie als maßgebliche Beschleunigung der eigenen Integration erlebt. Schon als Studentin engagierte sich Temiz in einem Asylbewerberkreis, bot Kurse für Frauen oder Hausaufgabenbetreuung für türkische Kinder an. Sie gab Türkischunterricht für Deutsche und trug so etwas zur wechselseitigen Integration bei, ohne den Begriff „Integration“ zu kennen.

Da sie als Mathematikerin ihren Beruf in der Türkei nicht hätte ausüben können, entschied sie sich schließlich, in Deutschland zu bleiben. Sie ist seither als EDV-Trainerin tätig und war bis vor Kurzem Vorsitzende im Volkshaus Darmstadt Halkevi e.V.. Der Verein, der 2009 gegründet wurde, dient sowohl türkischstämmigen als auch deutschen Menschen als Plattform, Völkerverständigung und Austausch stehen im Vordergrund. Die fokussierten Themen sind oft politischer und meist aktueller, regionaler und überregionaler Natur, wie zum Beispiel Entwicklungen in der Türkei, in Deutschland und speziell in Darmstadt. Da Menschen verschiedener Glaubensrichtungen in dem Verein zusammen kommen, stehen Religion und Glaube, entgegen der häufigen Annahme, nicht im Vordergrund. Weitere Aspekte der Arbeit im Verein sind die gegenseitige Unterstützung, Selbsthilfe und Soziale Arbeit, auch bei bürokratischen Fragen oder anderen Formalitäten. Dadurch übernimmt der Verein viel Arbeit, die der Integration seiner Mitglieder dient.

Integration wird als konzeptueller Begriff oft abgelehnt, da sie als einseitig auferlegte Assimilation von oben verstanden wird, die mit Zwängen (zum Beispiel der Pflicht, Integrationskurse zu besuchen) für die Migranten verbunden ist, deren eigene Perspektive hingegen vollkommen außer Acht lässt.

In ihrer Arbeit als EDV-Trainerin fragt sich Kelime Temiz oft, warum ihre türkische Abstammung bei den Kursteilnehmern nicht als selbstverständlich angenommen wird und warum diese nicht annehmen können, dass eine türkischstämmige Frau eine technische Tätigkeit ausübt. Auch die negative Erfahrung, dass Kursteilnehmer den Raum verlassen haben, weil sie sich von ihr als türkischstämmiger Frau nichts sagen lassen haben wollen, hat sie schon gemacht.

Kelime Temiz kritisiert, dass in der Gesellschaft oft zu wenig Raum für Integration gegeben wird und oft nur die Herkunft, mit allen dazugehörigen Vorurteilen, nicht aber der Mensch selbst wahrgenommen wird. Als Ausdruck dieser Wahrnehmung nennt sie unter Anderem das Beispiel, dass Menschen oft verwundert über ihre Pünktlichkeit seien, da sie ihr aufgrund ihrer Herkunft automatisch Unpünktlichkeit unterstellen.

Abschließend wünscht sich Kelime Temiz, dass Integration in ein Ganzes eingegliedert werden soll und Menschen wie bei einem großen Volkstanz den Kreis öffnen sollen, um neue Mitglieder aufzu-

nehmen und diese mittanzten zu lassen. Ansonsten würden sie nie in die Gemeinschaft aufgenommen und fänden somit auch keinen richtigen Platz in der Gesellschaft.

Auf die Frage nach ihrem Selbstverständnis antwortet Temiz, sich sowohl deutsch als auch türkisch zu fühlen, aber gleichzeitig in beiden Gesellschaften fremd zu sein.

Interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft

Peter Augustin (Software AG Stiftung) leitet die anschließende Diskussion mit dem Gedanken ein, dass die meisten Menschen in Deutschland ausländische Wurzeln in ihrer Familie haben, die lediglich unterschiedlich tief vergraben liegen. Diesen Gedanken greift eine Teilnehmerin auf und hinterfragt, ob Migration immer historisch und mit besonderer Bedeutung gesehen werden muss oder ob Zuwanderung nicht als selbstverständlich angesehen werden sollte, da in letzter Konsequenz jeder auf ausländische Wurzeln zurückzuführen wäre. Weiterhin sieht sie, bezugnehmend auf Kelime Temiz' Impulsbeitrag, die Schwierigkeiten darin, dass nicht immer offensichtlich ist, wo in deren Bild eine „Tanzveranstaltung“ stattfindet, also wo die Möglichkeiten zur Öffnung beziehungsweise zum Eintreten in die Gesellschaft bestehen und dass es ebenfalls beidseitig schwierig ist, die Menschen zu erreichen, die bislang nicht offen dafür sind.

Temiz nimmt die deutsche Gesellschaft insgesamt als zu sehr geschlossen war und fordert, dass Platz geschaffen werden müsse, um neue Menschen in der Gesellschaft aufzunehmen, denn viele Menschen bekommen dazu gar nicht die Möglichkeit, einzutreten und bleiben so von vornherein außen vor. Auf beiden Seiten sieht sie noch Entwicklungsbedarf in diesem Prozess. Die Frage der freien Religionsausübung, die in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert wird, spielt dabei eine besondere Rolle. Ein Teilnehmer erinnert daran, dass laut Integrationsmonitoring nur 16% der Zuwanderer angeben, ihre Religion auszuüben, trotz dessen aber in der gesellschaftlichen Wahrnehmung jeder Türkischstämmige automatisch auch praktizierender Muslim sei.

Ein weiterer Teilnehmer der Diskussionsrunde berichtet von Vorurteilen in der Gesellschaft, die nicht nur gegenüber ausländischen Zuwanderern, sondern auch innerhalb der deutschen Gesellschaft vorherrschen und das Ankommen in einem neuen sozialen Umfeld erschweren. Er erzählt aus persönlicher Erfahrung wie er als fünfjähriger protestantischer Junge in ein Dorf mit überwiegend katholischer Bevölkerung zog und dort aufgrund seines „falschen Glaubens“ lange Zeit ausgegrenzt wurde, bis er als Jugendlicher in einem örtlichen Verein aktiv wurde. Er fordert daher dazu auf, den Vorurteilen gegen andere - die helfen die eigene Welt zu kategorisieren und zu ordnen - mit Kommunikation und Annäherung zu begegnen. Integration betrifft schließlich alle Menschen, die als Fremde kommen und als Einheimische bleiben sollen. Zudem sollten wir auf die Instrumente zur Integration, die die Gesellschaft schon in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert hat, zurückgreifen und auch heute nutzen. Eine andere Teilnehmerin entgegnet darauf, dass die Integration nach dem Zweiten Weltkrieg in ein System erfolgte, welches ohnehin im Umbruch war und die zu integrierenden Menschen ebenfalls deutsche Staatsbürger waren, was den Prozess entsprechend vereinfachte.

Die Relevanz migrantischer Selbstorganisationen wird anhand der Arbeit des Volkshauses Darmstadt Halkevi e.V. analysiert. Der Verein, so Kelime Temiz, sei aufgrund des Bedürfnisses über politische Entwicklungen und andere aktuelle Themen zu sprechen, entstanden. Die Angebote des Flüchtlingscafés, der Unterstützung von Frauen, Sozialer Arbeit und Selbsthilfe decken ebenfalls den Bedarf. Die

Angebote werden über soziale Medien, E-Mail-Verteiler oder durch Mund-zu-Mund-Propaganda publiziert.

Der Einfluss migrantischer Selbstorganisationen wird im Plenum kontrovers diskutiert, da diese einerseits keine direkte politische Macht besitzen, andererseits jedoch als professionelle Ansprechpartner auf Ebene der Kommunalpolitik fungieren und so die eigenen Interessen vertreten können. Auch das Selbstverständnis der Organisationen sowie die damit verbundenen finanziellen Förderungen werden aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Zum einen wird die Frage gestellt wie ermöglicht werden kann, dass sich keine gesellschaftlichen Parallelstrukturen bilden, sondern die Vereine in die Regelstrukturen eingebettet werden. Eine Problematik dabei sind Organisationen, die keine demokratischen Grundwerte und Strukturen vermitteln. Zum anderen fehlt es vielen Organisationen an Ressourcen, wie zum Beispiel Räumlichkeiten oder finanzielle Unterstützung. Denn obwohl viele migrantische Selbstorganisationen förderungswürdige Arbeit leisten, ist diesen die Möglichkeit der Vereinsförderungen zum Teil nicht bekannt. Es sind daher immer die gleichen Vereine, die Anträge auf Fördermittel stellen, andere wiederum sind nur schwer einzubinden. Zudem gibt es ebenfalls viele Organisationen, die zwar aufgrund ihrer Arbeit finanzielle Unterstützung bekommen könnten, durch strukturelle Unterschiede jedoch teilweise aus den Förderungsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Hier wird im Plenum gefordert, dass auch von staatlicher Seite die Möglichkeiten zur Finanzierung auf die Passung zu Strukturen migrantischer Selbstorganisationen geprüft werden. Zu der damit verbundenen Frage, ob die Vereine denn „deutsche Werte“ unterstützen, wird aus dem Plenum eingeworfen, dass es auch innerhalb der deutschen Gesellschaft keinen gemeinsamen Wertekanon gäbe.

Fazit

Schließlich wird im Plenum auch die starke Rolle politischer Steuerungsprozesse kritisiert, da ganze Bevölkerungsgruppen durch politische Entscheidungsträger ausgeschlossen werden und auf diese Art und Weise abwertende Bilder und Meinungen in die Gesellschaft getragen werden, die letztendlich durch Kommunikation und gesellschaftliche Anerkennung an anderer Stelle nicht mehr aufgefangen werden können. Ein zentraler Ansatzpunkt ist also auch die Analyse politisch etablierter Strukturen, denn oft begünstigen diese Segregation und Abschottung, statt Integration und Teilhabe. Die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse wie zum Beispiel Anerkennung, Zugehörigkeit oder Selbstverwirklichung sollte als Grundlage dienen. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Beispiele genannt: der überhöhte Anspruch von Einbürgerungstests, die selbst von vielen Deutschen nicht absolviert werden könnten und die implizieren, dass Migrantinnen und Migranten ihre Verfassungstreue erst unter Beweis stellen müssten; fehlendes kommunales Wahlrecht; unzureichende Aufenthaltstitel; städtische Strukturen, die durch migrantisch geprägte Viertel Annäherung und Inklusion verhindern sowie die Annahme, dass Einsprachigkeit die beste Lösung sei und so die Anwendung anderer Sprachen abgewertet würden. Der Erfolg extremer Parteien beziehungsweise politischer Systeme wird zum Teil auch als Chance gesehen, indem durch politische Umbrüche auch in der Gesellschaft Austausch und somit Veränderungen hervorgerufen werden.

Ein Teilnehmer sieht in diesem Zusammenhang eine große psychische und soziologische Regression der Bevölkerung, die dazu führt, dass viele Menschen gesellschaftliche Abschottung als sinnvoll erachten und so den Nährboden für rechte Gedanken in der Bevölkerung liefern. Die Regression sei zum Teil auch Konsequenz von Globalisierung, die vielen Menschen Angst mache und zur Renationalisierung, also der Abschottung vor dem Fremden führe. Besonders die Menschen, die so zu Vielfaltsgegnern werden, müssten ernst genommen und in den Integrationsprozess mit eingebunden werden. Als wichtiger Schlüssel um dem „Stachel des Fremden“ zu begegnen wird politische Bildung genannt. Insbesondere die Bildungsarbeit von Kindern und Jugendlichen, die diese zu kritischen und reflektierten Menschen erziehen soll, gilt es zu stärken.